Justiz-, Bauarbeiter- und Eisenbahnerfragen im Sächsischen Landtag

Ueber Arbeiterschutzforderungen wird nicht abgestimmt

Der sozialdemokratische Landtagspräsident Weckel würgt kommunistischen Antrag ab
Das Großenhainer Reichsbannerurteil unter scharfer Kritik

Dresden, 24. Mai

In der heutigen Landtagssitzung, die sich wiederum mit kommunistischen Anträgen gegen den Justizterror, gegen den Lohnraub bei den Bauarbeitern und gegen die Massenentlassungen von Eisenbahnern beschäftigte, hat sich der sozialdemokratische Präsident Weckel wieder einmal als ein williges Werkzeug der Schiebkregierung produziert. Einen kommunistischen Antrag, der Maßnahmen zur **Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften im Baugewerbe** fordert, hat Weckel unter **Mißbrauch der Geschäftsordnung** einfach abgedreht.

Die Debatte über das Großenhainer Schandurteil gegen Reichsbannerarbeiter wurde von unserer Fraktion dazu ausgenutzt, um vor den Augen der breiten Arbeiteröffentlichkeit noch einmal nachdrücklichst zu demonstrieren, daß die Werktätigen unter Führung der Kommunistischen Partei nur auf außerparlamentarischer Grundlage erfolgreiche Kämpfe gegen den faschistischen Terror durchführen können. Auch bei allen anderen Anträgen, die sich mit den Interessen der Arbeiterschaft befaßten, zeigten unsere Redner immer wieder die Notwendigkeit auf, daß das Proletariat Streiks gegen Lohnraub und Massenentlassungen organisieren muß, wenn es sich erfolgreich gegen die Notverordnungsdiktatur zur Wehr setzen will.

Sitzungsbericht

Zu Beginn der Dienstagsitzung beschäftigt sich der Landtag zunächst mit einem Antrag der Chemnitzer Staatsanwaltschaft, die die Genehmigung zur Strafverfolgung des Genossen **Schneider verlangt**, der durch sein Auftreten

die Zwangsversteigerung eines erzgebirgischen Kleinbauern verhindert

hat. Der Antrag wird einstimmig abgelehnt.

Protest gegen das Großenhainer Urteil

Das Plenum wendet sich dann der Behandlung der sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge über das Terrorurteil **im Großenhainer Reichsbannerprozeß zu.** Nachdem der Abgeordnete Edel den sozialdemokratischen Antrag begründet hatte, sprach Genosse **Sindermann** zu unserem Antrag, der

von der Regierung verlangt, die Strafe gegen die verurteilten Arbeiter sofort aufzuheben.

Genosse Sindermann stellte entgegen den Ausführungen Edels fest, daß es sich in Großenhain nicht um einen Justizirrtum, sondern um ein **Rache- und Klassenurteil** der kapitalistischen Justiz handelt.

Er charakterisiert den in diesem Prozeß fungierenden Richter Koch, der bereits mehrfach durch seine Urteilspraxis Gelegenheit zur Beschwerdeführung im Landtag gegeben hat. Es ist derselbe Richter, der vor Jahren in dem großen Prozeß gegen den Dresdner RFB äußerst reaktionär aufgetreten ist und die Verhandlung mit offenkundiger Einseitigkeit gegen die Angeklagten durchführte.

Wir haben gerade in den letzten Monaten hier im Landtag eine Reihe von Fällen behandelt, die alle bewiesen haben, daß die von den Nazis überfallenen und unter Anklage gestellten Arbeitern zu Angreifern gestempelt und dementsprechend verurteilt wurden.

Genosse Sindermann wendet sich dann den empörenden Vorfällen in Großenhain zu und weist an Hand zahlreicher Zeugenaussagen die vom Staatsanwalt Hartmann für die Untersuchung und Durchführung des Prozesses nicht zugelassen wurden, nach, daß es sich in diesem Prozeß um ein faschistisches Urteil der Klassenjustiz handelt.

Das vorliegende einwandfreie Beweismaterial bestätige die Tatsache, daß die Nazis den Angriff provoziert haben. Wir sagen auch bei dieser Gelegenheit dem Arbeitern, daß es im System des Klassenstaates liegt, solche Terrorurteile zu fällen und daß es das Gebot der Stunde ist, daß sich die Werktätigen in der kämpfenden roten Einheitsfront gegen Justiz und Faschistenterror zur Wehr setzen müssen.

Genosse Mätzig weist in der Diskussion darauf hin, daß Richter und Staatsanwalt in diesem Großenhainer Prozeß die Antwort auf die letzte Justizdebatte im Landtag gegeben haben, damit eindeutig zum Ausdruck brachten, daß der faschistische Kurs in der Justiz verstärkt werden soll. Hier hilft nur eine, daß die Arbeiter den Kampf mit aller Rücksichtslosigkeit führen.

Der von unseren Genossen stark angegriffene Justizminister erklärte in der Debatte lediglich, daß die Regierung auf die vorgebrachten Vorwürfe nicht antworten könne, da das einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren bedeuten würde. Die Anträge werden auf Vorschlag der Regierung dem Rechtsausschuß überwiesen.

Um den Lohn der Bauarbeiter

Genosse Breitenborn nimmt dann das Wort zu einem kommunistischen Antrag über den Abbau der Bauarbeiterlöhne, der verlangt, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen:

den Bauunternehmern, welche Staatsaufträge ausführen, sofort Anweisung zu geben, daß diese Arbeiten zu den alten Löhnen auszuführen sind; daß der entgangene Arbeitsverdienst den Bauarbeitern von den Unternehmern zu ersetzen ist; eine Anweisung herauszugeben, daß die Bauarbeiter, die sich geweigert haben, für den herabgesetzten Lohn zu arbeiten, sofort wieder einzustellen sind.

Unter ausführlicher Darstellung der Verhältnisse unter denen die Bauarbeiter gegenwärtig gezwungen werden sollen zu arbeiten, behandelte er besonders die Zustände auf den Baustellen der Saidenbachtalsperre im Erzgebirge. Dort sind unter Führung der NSO 1200 Bauarbeiter in den Streik gegen den Lohnraub getreten. Ausgehend von der Tatsache, daß gerade auf dieser Baustelle alle Arbeiterschutzbestimmungen außer acht gelassen werden, begründet Genosse Breitenborn einen Zusatzantrag unserer Fraktion, in dem im Zusammenhange mit den sich steigernden Unglücks- und Todesfällen am Bau der Saidenbachtalsperre

schärfste Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften verlangt wird und Maßnahmen gefordert werden, daß die durch Unglück Geschädigten und deren Angehörige, die sofortige und volle finanzielle Unterstützung erhalten; die an den vielen Unglücken schuldigen Unternehmer und Aufsichtsorgane zur Rechenschaft und Haftbarmachung herangezogen werden.

In der Diskussion versucht der Gewerkschaftsführer Arndt, der einen Ergänzungsantrag seiner Fraktion begründet, die Aufmerksamkeit der Bauarbeiter auf die SPD zu lenken. Mit nichtssagendem Geschwätz begründet er seinen Ergänzungsantrag, der nichts mehr und nichts weniger als ein Abklatsch unseres Antrages ist.

Der Präsident Weckel läßt über diesen Ergänzungsantrag zuerst abstimmen und erklärt nach dessen Annahme alle übrigen Anträge für erledigt. Unter Mißbrauch der Geschäftsordnung würgt er also unseren Zusatzantrag zur Unfallverhütung ab, was von der kommunistischen Fraktion mit entrüsteten Zwischenrufen angeprangert wird.

Gegen Entlassungen bei der Reichsbahn

Genosse Siegel begründet dann einen, von unserer Fraktion bereits im Januar des vorigen Jahres gestellten Antrag über die Massenentlassungen bei der Reichsbahn, der damals durch die Manöver der SPD abgewürgt wurde. In der Begründung betont Genosse Siegel, daß dieser Antrag gerade durch die jetzigen rigorosen Abbaumaßnahmen bei der Reichsbahn wieder um höchste Aktualität erlangt hat. Er stellt fest, daß

allein im letzten Jahre der Abbau der Eisenbahnerlöhne in einer Höhe von 30 bis 35 Prozent durchgeführt wurde

ist und trotz der Tatsache, daß der gesamte Wagenpark und Oberbau der Eisenbahnanlagen im höchsten Maße reparaturbedürftig ist, über 2000 Eisenbahner im sächsischen Reichsbahnbezirk entlassen worden sind und neue Feierschichten eingelegt werden. Er behandelte noch einmal das bereits in der letzten Sitzung ausführlich vorgebrachte Material und charakterisiert mit aller Schärfe

die Methoden der reformistischen Betriebsräte des Einheitsverbandes, die die oppositionellen Eisenbahner und die in den freien Gewerkschaften mit Beitragszahlungen im Rückstand befindlichen Kollegen auf die Abbaulisten gesetzt haben um als Lakaien der Direktion der Verwaltung zu helfen, den Betrieb „stubenrein" zu machen.

In Ergänzung unseres vorjährigen Antrages der von der Regierung verlangt auf die Reichsbahn einzuwirken, daß jeder Personalabbau unterbunden und die Vierzigstundenwoche bei vollem Lohnausgleich eingeführt wird, darüber hinaus die Dienstdauervorschriften beseitigt werden, begründet Genosse Siegel einen Ergänzungsantrag unserer Fraktion, in dem verlangt wird, daß die getätigten Massenentlassungen sofort rückgängig gemacht werden. Der Antrag wird vom Landtag angenommen.

Die Regierungskrise auf Stottern

Umbau der Brüningregierung

Meißner bei Hindenburg. Entscheidende Verhandlungen über den Umbau nach rechts
Faschistische Reichskanzlei in Aussicht genommen

Staatssekretär Meißner, der als Hauptverbindungsmann der Generalclique zu Hindenburg betrachtet werden muß, ist gestern abend nach Gut Neudeck gefahren, wo er dem Reichspräsidenten Bericht erstatten wird. Dieser Besprechung ist große Bedeutung beizumessen, da Hindenburg und Meißner entscheidende Beschlüsse über die Neu- und Umbesetzung der Reichsregierung fassen werden.

In der gestrigen Kabinettssitzung hat es nämlich wieder eine Reihe von Differenzen gegeben, bei denen die einzelnen Minister mit ihrem Rücktritt gedroht haben. So hat Stegerwald im Zusammenhang mit der Beratung der Leistungssenkung in der Invalidenversicherung mit seinem Rücktritt gedroht und auch der Finanzminister Dietrich soll solche Absichten geäußert haben. In diesem Zusammenhang wird in der bürgerlichen Presse wiederum von Rücktrittsabsichten Schieles und seiner Ersetzung durch den Minister Schlange-Schöningen geschrieben. Die Bildung des Reichswirtschaftsministeriums ist noch immer nicht entschieden.

Nach der Rückkehr Hindenburgs nach Berlin finden Verhandlungen mit Brüning statt, bei denen der Kanzler dem Reichspräsidenten die politische Vertrauensfrage stellen wird. So kreiselt es unaufhaltsam weiter im Brüningkabinett Nr. 2, das sich in Nöten umbildet, um als ein drittes Brüningkabinett zu erstehen, für das man einen rechtsradikalen Kanzler voraussagt, während Brüning selbst als Außenminister genannt wird. Für das Reichswehrministerium ist jetzt nach bürgerlichen Meldungen der Berliner Gruppenkommandeur der Reichswehr, General Hasse in Aussicht genommen, nachdem General Schleicher angeblich nicht als Nachfolger Groeners fungieren will.

Die Reaktion trifft ihre Entscheidungen im Reich und in Preußen außerhalb des Parlaments. Die Reaktion benutzt das Parlament nur als Kulisse. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" wird bereits die Frage aufgeworfen, ob die gegenwärtige Regierungskrise „auf friedlichem oder gewaltsamem Wege gelöst werden soll."

Große öffentliche Kundgebung für rote Einheitsfront gegen Hunger und Faschismus

am Donnerstag, dem 26. Mai, 19.30 Uhr
in Donaths Neue Welt in Tolkewitz
Referent: **Martin Schneider**

Stürmische Eröffnung des Preußenlandtages

Die Kommunisten greifen an!

Die Kommunisten erheben die Forderungen der Millionen Werktätigen. Nazis in Einheitsfront mit der Braun-Severing-Regierung

Die gestrige Eröffnung des neugewählten Preußischen Landtages stand im Zeichen des kommunistischen Angriffs. Die Kommunisten stellten ihre Anträge für die Millionenmassen der Erwerbslosen und Notleidenden in den Mittelpunkt der Sitzung.

Als der nationalsozialistische Alterspräsident General Litzmann die Sitzung eröffnete und die Nazis die Hand zum Faschistengruß hoben, stimmte die gesamte kommunistische Fraktion in Rufe ein: „Nieder mit den kaiserlichen Generalen!" „Nieder mit den Mordgenerälen!" Als Litzmann stotternd fragte, ob jemand älter als er sei, kamen zurück: „Du hast den Krieg gut überstanden, während die Soldaten in den Massengräbern liegen!"

Kommunistische Abrechnung

Das Bild der Sitzung änderte sich rasch. An die Stelle des stotternden Geredes des Nazi-Alterspräsidenten trat der kühne kommunistische Vorstoß.

Genosse Wilhelm Pieck trat, mit Händeklatschen und dreifachem „Rot-Front" von den Kommunisten begrüßt, auf die Landtagstribüne und begründete einen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die geschäftsführende Regierung Braun-Severing. Jeder Satz eine scharfe Anklage gegen ihr System. Jeder Satz eine Anprangerung der Politik der SPD-Führer, die die Nazis zur Regierungsverantwortung „zulassen" wollen. Genosse Pieck forderte die sofortige Beratung des kommunistischen Antrages als Willenskundgebung des Landtages.

Jetzt entlarven sich die Nazis. Nur die Kommunisten unterstützen den Antrag.

Deutschnationale und Nazis blieben zur Deckung der Regierung Braun-Severing sitzen.

Dem ersten kommunistischen Angriff folgte bald ein zweiter. Genosse Kaiser, wieder demonstrativ von unserer Fraktion begrüßt, erhob

im Namen der Millionen Erwerbslosen und Notleidenden die schärfste Anklage gegen die Landtagsparteien, die sich in den nächsten Tagen mit ihren parlamentarischen Schiebungen anstatt mit den Nöten der Mehrheit der arbeitenden preußischen Bevölkerung befassen will.

Genosse Kaiser forderte, daß die kommunistischen Anträge auf Rückgängigmachung der Kürzung der Wohlfahrtsunterstützung, gegen die Exmittierung der erwerbslosen und werktätigen Mieter und für sofortige Arbeitsbeschaffung, sowie unser Antrag gegen die Zwangshypothekenbelastung der Kleinbesitzer, auf die Tagesordnung der Mittwochsitzung gesetzt wird. Er prangerte das Schweigen der Nazis, des Zentrums und der SPD zu diesen Lebensforderungen der notleidenden Massen an.

Nach der Mitteilung des Nazi-Alterspräsidenten, daß die nächste Sitzung heute mittag um 1 Uhr stattfinden würde, schloß die Sitzung. Die Kommunisten stimmten die „Internationale" an, während Nazis und SPD verdutzt langsam abzogen.

Die kommunistische Fraktion hat gestern in der ersten Landtagssitzung ihre schärfste prinzipielle Kampferklärung gegenüber dem arbeiterfeindlichen System Braun-Severing demonstriert und sich gleichzeitig an die Massen außerhalb des Parlaments gewandt, alle Kräfte zur Verhinderung einer Naziregierung durch die kämpfende rote Einheitsfront mobil zu machen.

Die ganze Taktik der Kommunistischen Partei innerhalb und außerhalb des Parlaments dient der Aufgabe, die sozialdemokratischen Arbeiter gemäß dem Einheitsfrontangebot der KPD und RGO einzureihen in die gemeinsame Millionenfront zur Verhinderung jeder Naziregierung und zum Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, für die Verteidigung der proletarischen Rechte. Eine Tolerierung der Schrittmacher des Faschismus, Braun-Severing, eine Blockpolitik mit diesen Wegbereitern des Hitler-Faschismus kommt dabei für keinen revolutionären Arbeiter in Frage.

„Unschuldige" Kriegsverbrecher

Schon in ihrer gestrigen Dienstagausgabe rafft sich die „Dresdner Volkszeitung" zu einer „Antwort" auf unsere am Sonnabend (!) gemachten Feststellungen auf, daß sich die Führer der Dresdner SPD im Lager der Kriegstreiber befinden und als ihre Agenten zum Krieg gegen die Sowjets hetzen. Natürlich streitet das die „Volkszeitung" ab und beschimpft uns der Fälschung, obwohl wir nur wörtlich zitiert hatten, was in der „Volkszeitung" geschrieben wurde und daraus die Schlußfolgerungen gezogen haben, die sich daraus ergeben.

In ihrer Antwort unterstreicht aber die „Volkszeitung" noch einmal ihre **unbedingte Feindschaft** gegenüber der Sowjetunion, indem sie schreibt:

„Wir halten in unserer Freitagnummer einen Aufsatz über die schwere Bedrohung Rußlands durch Japan gebracht, in dem wir unter anderem ausgeführt hatten, daß die Sowjetregierung durch ihre Politik dazu beigetragen habe, die Kriegsgefahr zu steigern, besonders dadurch, daß sie die Arbeiterregierung in England nach Möglichkeit diskreditiert und so zu ihrem Sturze beigetragen habe."

Nach Meinung der Volkszeitung hat aber Sowjetrußland und nicht der machtgierige Weltimperialismus die Kriegsgefahr gesteigert und wer diesen Standpunkt vertritt, der muß eben im Lager der Bourgeoisie gegen die Sowjets kämpfen, also zu den imperialistischen Kriegsverbrechern stehen. Im übrigen erinnern wir die SPD-Arbeiter daran, daß dieselbe „Volkszeitung" vor Wochen von „Hungerkrawallen" in Rußland berichtete und diese antibolschewistischen Schwindelmeldungen dahin kommentierte, daß sich das russische Volk „gegen den roten Zarenstiefel Stalins" zu erheben beginne. Es wurde dann wieder einmal das Ende des Bolschewismus vorausgesagt, das eine notwendige Voraussetzung für die Schaffung „demokratischer Volksrechte" auch in Rußland sei.

Aehnliche „Argumente" hören wir von allen Kriegsverbrechern gegen die Sowjetunion, **auch in der „Volkszeitung". Und das sollten die SPD-Arbeiter begreifen und ihre Konsequenzen daraus ziehen.**